

Demokratie in Brandenburg

c/o VCD Brandenburg e.V.
Haus der Natur, Lindenstr. 34,
14467 Potsdam

Hallo!

Danke, dass du dir die Unterschriftenlisten für die Brandenburger Volksinitiativen heruntergeladen hast.

Du findest hier die Unterschriftenlisten für folgende Volksinitiativen:

1. Expedition Grundeinkommen: Brandenburg soll Grundeinkommen testen!
2. Volksinitiative Verkehrswende Brandenburg jetzt!
3. Klimanotstand Brandenburg: Klimanotstand in Brandenburg ausrufen.
4. Keine Geschenke den Hohenzollern!

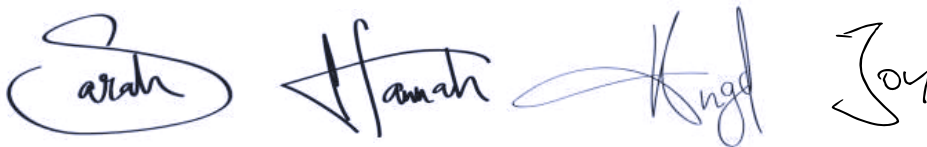
Durch deine Unterschrift stärke ich die Demokratie in Brandenburg!

Bitte unterschreibe die Listen, deren Anliegen du unterstützt. Lass Freund*innen, Kolleg*innen und deine Familie mit unterschreiben.

Bitte sende die Listen dann gesammelt zurück an:

**Demokratie in Brandenburg
c/o VCD Brandenburg e.V.
Haus der Natur, Lindenstr. 34,
14467 Potsdam**

Danke!

Four handwritten signatures in blue ink are displayed horizontally. From left to right: the first signature is 'arah' inside an oval; the second is 'Hannah' with a large 'H'; the third is 'Kugel' with a stylized 'K'; and the fourth is 'Joy' with a large 'J'.

**Du willst, dass wir noch mehr Unterschriften sammeln können?
Dann spende jetzt!**

Wir sind gemeinnützig und daher auf Spenden angewiesen.

Konto:
Vertrauensgesellschaft e.V.
IBAN: DE74 4306 0967 1218 1056 01

Volksinitiative: Brandenburg soll Grundeinkommen testen!

Wir, die Unterzeichnenden, fordern den Landtag nach Art. 76 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg auf, sich mit dem Gesetz-entwurf zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens im Land Brandenburg zu befassen und diesen zu verabschieden. Damit soll die Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit verschiedener Varianten eines bedingungslosen Grundeinkommens erprobt werden.

Der umseitige Gesetzentwurf ist auch unter www.expedition-grundeinkommen.de einsehbar.

Bitte deutlich schreiben! Unvollständige oder unleserliche Eintragungen sind ungültig.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, dass meine nachstehend aufgeführten persönlichen Daten nur zum Zwecke der Durchführung der Volksinitiative von der Expedition Grundeinkommen Brandenburg, dem Brandenburgischen Landtag, dem Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg (MIK), dem Landesabstimmungsleiter sowie den zuständigen Behörden nach § 3 Abs. 1 VAGBbg verarbeitet werden.



Bitte haltet mich auf dem Laufenden:
E-Mail-Adresse (freiwillig)

Du willst, dass Brandenburg Grundeinkommen testet?

Unterschreiben ab 16

wahlberechtigt in Brandenburg



Sobald wir 24.000 zusammen haben, reichen wir ein!

Sende die Liste daher schnellstmöglich an:
Expedition Grundeinkommen,
Karl-Marx-Straße 50, 12043 Berlin



Mit der Angabe meiner E-Mail-Adresse bestätige ich, dass ich Neuigkeiten von der Vertrauensgesellschaft e.V. erhalten möchte.



Entwurf eines Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens im Land Brandenburg

§ 1 Zweck des Gesetzes

Zweck dieses Gesetzes ist die Erforschung der Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit verschiedener Varianten des bedingungslosen Grundeinkommens bezogen auf die Bevölkerung des Landes Brandenburg im Rahmen eines wissenschaftlichen Modellversuchs.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Ein bedingungsloses Grundeinkommen im Sinne dieses Gesetzes ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt. Es soll
 1. die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
 2. einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie
 3. ohne Bedürftigkeitsprüfung und
 4. ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.
- (2) Das Grundeinkommen soll dazu beitragen, Armut und soziale Notlagen zu beseitigen, den individuellen Freiheitspielraum zu vergrößern sowie die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern.

§ 3 Rahmenbedingungen

- (1) Für die Planung, Durchführung und Auswertung des Modellversuchs wird ein Forschungsauftrag an einen von der für Forschung zuständigen Verwaltung auszuwählenden Forschungspartner erteilt.
- (2) Der Forschungspartner erstellt einen Vorschlag für das Forschungskonzept und die Ausgestaltung der modellierten Grundeinkommensvarianten.
- (3) Für die Erprobung kann die Möglichkeit der Kooperation mit weiteren Partnern, insbesondere anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, genutzt werden.
- (4) Die Durchführung des Modellversuchs soll innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beginnen, frühestens jedoch in dem auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Haushaltsjahr.

§ 4 Ausgestaltung des Modellversuchs

- (1) Es wird ein wissenschaftlicher Modellversuch zur Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit verschiedener Varianten des bedingungslosen Grundeinkommens im Land Brandenburg geplant, durchgeführt und ausgewertet. Die getesteten Varianten sollen in ihrer Auswahl Vorschläge berücksichtigen, die in der gesellschaftlichen Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen von verschiedenen Akteuren gegenwärtig vorgebracht werden.
- (2) Der Modellversuch soll belastbare Rückschlüsse auf die Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit der ausgewählten Varianten eines bedingungslosen Grundeinkommens bezogen auf die Gesamtheit der Bevölkerung des Landes Brandenburg bzw. die Gesamtheit der Bevölkerungen aller Kooperationspartner nach § 3 Abs. 3 zulassen. Dabei sind insbesondere das Verhalten, soziale Interaktionen, die Gesundheit und die Lebenszufriedenheit, die soziale und wirtschaftliche Situation sowie das bürgerschaftliche und soziale Engagement der Teilnehmenden zu erforschen.
- (3) Die Teilnehmenden am Modellversuch bestehen aus mehreren Versuchsgruppen sowie einer Kontrollgruppe. Die Summe der Teilnehmenden aller Versuchsgruppen muss dabei zu Beginn des Modellversuchs mindestens 2.000 Personen betragen.
- (4) Den Teilnehmenden der Versuchsgruppen werden für die Dauer von drei Jahren monatliche Geldzahlungen zur Verfügung gestellt. Die Teilnehmenden in der Kontrollgruppe erhalten keine Geldzahlungen.
- (5) Je Versuchsgruppe wird eine Variante des Grundeinkommens modelliert. Dabei wird für jede Variante festgelegt,
 1. wie hoch der Grundeinkommensanspruch für erwachsene Personen und für Minderjährige verschiedener Altersstufen ist, und

2. inwiefern sich die Geldzahlungen nach Absatz 4 abhängig von anderen Einkommen der Teilnehmenden reduzieren. Bei Teilnehmenden mit Erwerbsinkommen ist dabei sicherzustellen, dass die Summe aus Geldzahlung und Erwerbsinkommen in jedem Monat stets höher ist als der Grundeinkommensanspruch aus Punkt 1.

- (6) Die Varianten sind so zu modellieren, dass zu erwarten ist, dass die Teilnehmenden während des Verlaufs der Erprobung neben den Geldzahlungen nach Absatz 4 keinen Bedarf an den Lebensunterhalt deckenden Sozialleistungen nach Bundesrecht haben werden. Dabei können für Teilnehmende mit Sonder- und Mehrbedarfen sowie für unterschiedlich hohe Krankenversicherungskosten der Teilnehmenden zusätzliche Regelungen getroffen werden, die die besondere Lebenssituation der Teilnehmenden und den Zweck des Gesetzes nach § 1 berücksichtigen. Mindestens die Hälfte der getesteten Varianten muss so ausgestaltet sein, dass der Grundeinkommensanspruch nach Absatz 5 Punkt 1 für erwachsene Teilnehmende mindestens 1120 Euro und für minderjährige Teilnehmende mindestens 560 Euro beträgt.
- (7)

§ 5 Wissenschaftliche Erhebungen

- (1) Die wissenschaftlichen Erhebungen bei den Teilnehmenden sind so auszugestalten, dass aus den erhobenen Daten mindestens Aussagen über die in § 4 Abs. 2 genannten Gesichtspunkte getroffen werden können. Es sind mindestens folgende Befragungen durchzuführen:
 1. eine Anfangsbefragung vor Beginn der ersten Geldzahlung;
 2. Zwischenbefragungen mindestens jährlich während der Laufzeit der Geldzahlungen;
 3. eine Abschlussbefragung zum Zeitpunkt der letzten Geldzahlung;
 4. mindestens eine Nachbefragung zwei oder mehr Jahre nach Abschluss der letzten Geldzahlung.
- (2) Für die Teilnahme an den Erhebungen können die Teilnehmenden des Modellversuchs eine Aufwandsentschädigung erhalten.

§ 6 Auswahl der Teilnehmenden

- (1) Die Teilnahme am Modellversuch ist freiwillig. Sie ist an die Bereitschaft zur Teilnahme an den wissenschaftlichen Erhebungen nach § 5 geknüpft.
- (2) Versuchsgebiete sind ein oder zwei räumlich abgegrenzte Bereiche des Landes Brandenburg. Das Versuchsgebiet wird dabei so ausgewählt und abgegrenzt, dass der Modellversuch belastbare Rückschlüsse auf die in § 4 Abs. 2 genannten Forschungsfragen zulässt. Gibt es mehrere gleichermäßen geeignete Auswahlmöglichkeiten für das Versuchsgebiet, so entscheidet das Los. Das Versuchsgebiet wird in gleich große Untergebiete eingeteilt, die per Losverfahren den Varianten nach § 4 Absatz 5 zugewiesen werden.
- (3) Alle Personen, die ihren alleinigen Wohnsitz/Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in den für den Versuch ausgewählten Gebieten haben, werden zur Teilnahme aufgefordert. Wird die Mindestanzahl an Teilnehmenden nach § 4 Absatz 3 nicht erreicht, so sind die ausgewählten Gebiete entsprechend zu erweitern.
- (4) Die Kontrollgruppe wird aus Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes Brandenburg ausgewählt, die nicht Teil der Versuchsgruppe sind.

§ 7 Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Im Rahmen der Erprobung werden zur Erfüllung des wissenschaftlichen Forschungsauftrags personenbezogene Daten von den Teilnehmenden des Modellversuchs verarbeitet. Die Vorschrift des § 25 Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Land Brandenburg vom 8. Mai 2018 in der Fassung vom 19. Juni 2019 (GVBl./19, [Nr. 43], S. 38) über die Verarbeitung personenbezogener Daten zu wissenschaftlichen Forschungszwecken findet entsprechend Anwendung.

§ 8 Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse

- (1) Teil des Forschungsauftrags ist die Auswertung des Modellversuchs in Form eines Abschlussberichts, bestehend aus einem Haupt- und einem Nachbericht. Der Hauptbericht wird spätestens ein Jahr nach der Abschlussbefragung veröffentlicht. Der Nachbericht wird spätestens ein Jahr nach der Nachbefragung veröffentlicht. Im Abschlussbericht sind die Ergebnisse des Modellversuchs darzustellen und wissenschaftlich zu bewerten. Zusätzlich können Zwischenberichte veröffentlicht werden.
- (2) Die erhobenen Daten aller Phasen werden spätestens ein Jahr nach Abschluss des Modellversuchs ausreichend anonymisiert veröffentlicht. Desweiteren werden sie weiteren Forschenden pseudonymisiert zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt.

§ 9 Festlegungen durch die Verwaltung

- (1) Die für Forschung zuständige Verwaltung legt die näheren Bestimmungen zur Planung, Durchführung und Auswertung der Erprobung nach den §§ 3 - 8 einschließlich des Forschungskonzepts durch Verordnungen fest. Vor dem Erlass einer Verordnung hört sie jeweils den Forschungspartner an und berücksichtigt aktuelle wissenschaftliche Standards. Sie regelt insbesondere:
 1. die Details von Umfang und Umsetzung des Forschungsauftrags nach § 3;
 2. das Forschungskonzept einschließlich
 - (i) der Ausgestaltung der modellierten Grundeinkommensvarianten nach § 4;
 - (ii) Umfang und Gestaltung der Erhebungen nach § 5;
 - (iii) der Auswahl und Aufteilung des Versuchsgebiets nach § 6;
 - (iv) der Auswahl der Teilnehmenden und Aufteilung auf die Versuchsgruppen sowie die Auswahl der Kontrollgruppe nach § 6;
 - (v) Bestimmungen für das vorzeitige Ausscheiden von Teilnehmenden aus dem Modellversuch, für die Verlagerung des Wohnsitzes in das Versuchsgebiet, aus dem Versuchsgebiet oder innerhalb des Versuchsgebiets sowie für Geburt und Tod von Einwohnerinnen und Einwohnern des Versuchsgebiets.
 3. dem Zweck dieses Gesetzes entsprechende Richtlinien der Datenverarbeitung nach § 7. Die Verwaltung kann dabei auch regeln, inwiefern weitere zur Verfügung stehende Möglichkeiten genutzt werden, um relevante Informationen zu erhalten, einschließlich Datenmaterial weiterer Behörden (im Rahmen der Amtshilfe). Hierzu legt die Verwaltung auch fest, inwiefern Finanzbehörden, das statistische Landesamt und weitere dem Land Brandenburg unterstehende Behörden dazu auch personenbezogene Daten aggregiert und anonymisiert an die zuständige Stelle der Verwaltung übermitteln dürfen.
 4. das Verfahren der Veröffentlichung der Daten nach § 8 Absatz 2.
- (2) Das Forschungskonzept soll so festgelegt werden, dass die geschätzten hauswirtschaftlichen Gesamtkosten der Erprobung den Betrag von 40 Millionen Euro nicht übersteigen. Steht sich während der Durchführung des Modellversuchs heraus, dass die hauswirtschaftlichen Gesamtkosten der Erprobung diesen Betrag übersteigen werden, kann die für Forschung zuständige Verwaltung die Dauer des Modellversuchs entsprechend verkürzen.

§ 10 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.



Volksinitiative: Verkehrswende Brandenburg jetzt!

Brandenburg verbinden – verlässlich, bezahlbar und klimaverträglich!

Bitte ausgefüllt und unterschrieben im Original und mit Gesetzestext auf der Rückseite senden an:

**Volksinitiative »Verkehrswende für Brandenburg jetzt!«
c/o VCD Brandenburg im Haus der Natur
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam**

Volksinitiative: Verkehrswende für Brandenburg jetzt!

Wir brauchen endlich eine echte Wende in der Verkehrspolitik. Um allen Menschen in unserem Land eine zuverlässige, klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Mobilität zu ermöglichen, fordern wir ein **umfassendes Mobilitätsgesetz** für Brandenburg.

Denn mit der bisherigen Verkehrspolitik lassen sich die Klimamaschütz Ziele des Landes Brandenburg nicht erreichen. Im Gegenteil, bislang haben sich die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor seit 1990 sogar noch erhöht. Dazu kommt, dass gerade die ländlichen Regionen Brandenburgs durch jahrelange Sparmaßnahmen vom öffentlichen Verkehr und damit auch von der gesellschaftlichen Teilhabe abgehängt wurden.

Zudem starben im letzten Jahr immer noch 143 Menschen bei Verkehrsunfällen auf Brandenburger Straßen, über 11.000 wurden verletzt. Das muss sich ändern. Deshalb unterstützen wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, die vorliegende Volksinitiative **»Verkehrswende für Brandenburg jetzt!« mit folgenden Kernzielen:**

Mehr öffentlicher Nahverkehr: Das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs muss flächendeckend ausgebaut und barrierefrei gestaltet werden. Ein einfaches und günstiges Tarifsystem soll den Zugang zu diesen Angeboten erleichtern.

Den Radverkehr stärken: Wir brauchen überall sichere und attraktive Radwege, die es möglichst vielen Menschen ermöglichen, das Rad in Alltag und Freizeit als Verkehrsmittel zu nutzen.

Attraktive Fußwege: Das Zu-Fuß-Gehen muss für Alle, von jung bis alt, zu einer sicheren, barrierefreien und attraktiven öffentlichen Form der Fortbewegung werden. Die Gestaltung des Raumes soll sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

Güterverkehr auf die Schiene: Den Güterverkehr endlich stärker auf die Schiene verlagern. Das ungebremste Wachstum des LKW-Verkehrs mit allen negativen Folgeerscheinungen darf nicht länger hingenommen werden.

Verkehrswende jetzt! Die Verkehrswende darf nicht länger aufgeschoben werden. Um unsere Mobilität neu zu gestalten, brauchen wir ein Mobilitätsgesetz mit verbindlichen Zielen und einem festen Zeitplan. Unsere zehn Kernforderungen sollen der Fahrplan für diesen Wandel sein. → **siehe Rückseite**

Wer darf unterschreiben?

Zur Unterschrift berechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und Einwohner des Landes Brandenburg sind.

Bitte vollständig, deutlich und in Druckschrift ausfüllen!

Unvollständige, unleserliche oder falsche Angaben, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, machen die Unterschrift ungültig.

Was passiert mit meinen Daten? – Der VCD e. V. (Lindenstraße 34, 14467 Potsdam; dort erreichen Sie unsere Ansprechpartnerin für Datenschutz) verarbeitet Ihre in der Unterschriftenliste angegebenen Daten gemäß Artikel 6 (1) b) DSGVO ausschließlich zur Weiterleitung an das Land Brandenburg. Dieses verwendet die Daten ausschließlich zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung. Weitere Informationen finden sie unter: **brandenburg.vcd.org/service/datenschutz**

Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Straße, Hausnummer	PLZ, Wohnort	Datum	Unterschrift
1						
2						
3						
4						
5						

Eine Initiative von:



Unterstützt durch:



Weitere Partner: verkehrswende-brandenburg.de



Volksinitiative: Verkehrswende für Brandenburg jetzt!

Brandenburg verbinden – verlässlich, bezahlbar und klimaverträglich!

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, fordern den Landtag nach Art. 76 der Verfassung des Landes Brandenburg (Volksinitiative Brandenburg) auf, alle gesetzgeberischen, verwaltungstechnischen und finanziellen Möglichkeiten zu nutzen, um eine Verkehrswende hin zu einer klimaverträglichen, sicheren und sozial gerechten Mobilität in Brandenburg umzusetzen.

Dazu möge der Landtag ein Mobilitätsgesetz mit konkreten Maßnahmen, Zeitplänen, Budgets und Verantwortlichkeiten beschließen, um den Anteil des Umweltverbundes am Verkehr bis zum Jahr 2035 von heute 41% auf 82% zu verdoppeln und den Verkehr in Brandenburg bis 2050 klimaneutral zu gestalten.

Das Gesetz soll im Einzelnen folgende Ziele verfolgen:

- 1. Regionalverkehr ausbauen:** Das Land trifft alle notwendigen Schritte für einen zügigen Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Aus jedem Oberzentrum in Brandenburg soll Berlins Mitte in einer Stunde, aus jedem Mittelzentrum in weniger als 90 Minuten erreichbar sein. Dazu gehört außerdem eine Kapazitätsverdoppelung zu Spitzenzeiten bei viel frequentierten Linien, die Reaktivierung von Strecken und eine Erweiterung des nächtlichen Fahrplanangebotes. Der Kapazitätsausbau des SPNV darf nicht zulasten des Schienengüterverkehrs gehen. Im Gegenteil: Auch dem Güterverkehr auf der Schiene sollen in einem Gesamtsystem Schiene mehr Trassen zur Verfügung stehen.
- 2. Neue Brandenburger Städtelinien:** Wo keine Schienenverbindungen existieren oder möglich sind, baut das Land ein Netz landesbedeutsamer Buslinien als Querverbindungen zwischen den Eisenbahnachsen auf, um die Brandenburger Städte untereinander besser zu verbinden. Die Anbindung an den Regionalverkehr muss so optimiert werden, dass Berlins Mitte von jeder Gemeinde in Brandenburg mit dem öffentlichen Verkehr in weniger als zwei Stunden erreichbar ist.
- 3. Das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel etablieren:** Das Land unterstützt die Kommunen finanziell und organisatorisch dabei, das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel zu stärken und

deutlich auszubauen. Damit soll erreicht werden, dass bis zum Jahr 2035 an jeder Straße innerorts, auf der mehr als 30 km/h zugelassen sind, attraktive und ausreichend breite Radwege durch Umbau, Ausbau oder Neubau angelegt werden. Außerdem entwickelt das Land ein Konzept für gemeinde- und kreisübergreifende Radschnellverbindungen und unterstützt deren Umsetzung.

- 4. Radtourismus stärken:** Die touristischen Radwege werden vom Land einem einheitlichen Qualitätsmanagement unterworfen. Sie werden nach neuesten Standards instandgesetzt, ausgebaut und unterhalten. Ihre Routen werden mit dem Alltagsverkehr sinnvoll verknüpft.
- 5. ÖPNV bis 2035 verdoppeln:** Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen öffentlichen Personennahverkehr (üÖPNV) wird als kommunale Pflichtaufgabe verankert. Ziel ist es, den Anteil des gesamten ÖPNV am Verkehr bis 2035 zu verdoppeln. Begleitend unterstützt das Land die Kommunen finanziell und organisatorisch beim Ausbau und Betrieb des öffentlichen Verkehrs, so dass alle Gemeinden Brandenburgs mindestens im Stundentakt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind und eine mit den Abfahrzeiten der Züge abgestimmte Anbindung an die Regionalbahnhöfe haben. Das Land unterstützt die Kommunen außerdem aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung von kreis-/gemeindeübergreifenden ÖPNV-Verbindungen.

- 6. Umstieg erleichtern:** Das Land beachtet bei seinen Planungen, dass alle Angebote des Umweltverbundes sinnvoll miteinander verknüpft werden, Fahrpläne aufeinander abgestimmt sind und der Zugang zu Bahnsteigen und Bushaltestellen sowie die Benutzung der Fahrzeuge durchgehend barrierefrei sind. Die Möglichkeit zur Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen wird flächendeckend deutlich ausgebaut, mit dem Ziel, die Kapazitäten bis zum Jahr 2035 zu verdoppeln. Alle Bahnhöfe und Haltestellen erhalten sichere Fahrradabstellanlagen. Die Möglichkeiten, mit einem Fahrschein ein Fahrrad auszuliehen, werden ausgebaut.

- 7. Tarifsystem:** Das Land setzt sich dafür ein, das Tarifsystem innerhalb des Verkehrsverbundes Berlin Brandenburg (VBB) zu reformieren, um die Tarife einfacher und sozial gerechter zu gestalten. Das Land ermöglicht den Kommunen mehr Freiraum, um für besondere Bedarfe regionale und lokale Tarife mit alternativen Finanzierungsmodellen zu entwickeln (z. B. Bürgertickets).

- 8. Fußverkehr fördern:** Als Grundlage für ein Förderprogramm erarbeitet das Land eine Fußverkehrsstrategie mit Qualitätskriterien, um das Zu-Fuß-Gehen in allen Kommunen sicher und barrierefrei zu machen und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern. Jeder Bahnhof und jede Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs muss über einen sicheren, barrierefreien und attraktiven Fußweg erreichbar sein.

- 9. Verkehrssicherheit erhöhen:** Das Land fördert Maßnahmen, die die Verkehrssicherheit von Radfahrenden und Zu-Fuß-Gehenden flächendeckend erhöhen. Dazu gehört auch, den Ermessensspielraum zu Gunsten von Tempo 30 bei der Ausweisung auf Hauptverkehrsstraßen voll auszuschöpfen. Die Landesregierung informiert hierzu alle zuständigen Behörden in einem Runderlass.

- 10. Klimaverträgliche Infrastruktur fördern:** Das Land richtet die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen und die Finanzierung des Fuhrparks im öffentlichen Verkehr strikt am Ziel der Klimaverträglichkeit aus. Das Land setzt sich aktiv dafür ein, auch die Förderungen durch die Bundesebene und die EU an diesem Ziel auszurichten. Bei der Wirtschaftsförderung entwickelt das Land Anreize für Unternehmen, die zu innovativen und klimaverträglichen Mobilitätslösungen arbeiten und forschen, wie z. B. Wasserstofftechnologie, Schienenfahrzeugbau etc. Das Land soll außerdem seine Förderung für Infrastruktur des Schienengüterverkehrs ausbauen und neue Antriebskonzepte fördern.

Die Landesregierung legt dem Landtag und der Öffentlichkeit zweijährlich einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der im Mobilitätsgesetz formulierten Ziele vor.



verkehrswende-brandenburg.de



info@verkehrswende-brandenburg.de



Verkehrswende Brandenburg



@verkehrswendeB



@verkehrswendeB



Volksinitiative "Keine Geschenke den Hohenzollern"

Bitte senden Sie die unterschriebenen **Listen im Original und mit Beschlusstext für den Landtag** auf der Rückseite an

DIE LINKE. BRANDENBURG,
Alleestr. 3, 14469 Potsdam

Die Nachfahren des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. aus dem Hause Hohenzollern fordern für sich die Herausgabe von unzähligen Gemälden, Möbelstücken, Skulpturen, Porzellane und andere Kunstgegenständen, die im öffentlichen Besitz der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und des Deutschen Historischen Museums sind. Viele Objekte sind von erheblichem Wert und historischer Bedeutung. Außerdem beansprucht das Haus Hohenzollern ein dauerhaftes, unentgeltliches und grundbuchrechtlich zu sicherndes Wohnungsrecht für Familienmitglieder im weltbekannten Schloss Cecilienhof. Alternativ wären sie, wie sie verlautbart lassen haben, auch mit einem Wohnrecht im Schloss Lindstedt oder in der Villa Liegnitz, beides am Rande des Parkes Sanssouci, zufrieden. Hinzu kommen Forderungen der Hohenzollern nach Entschädigungszahlungen gemäß Ausgleichsgesetz für nach 1945 enteignete Liegenschaften im Land Brandenburg in Höhe von 1,2 Mio. Euro zzgl. Zinsen. Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, halten die Forderungen der Hohenzollern nach Rückgabe von vermeintlichem Eigentum und Entschädigungszahlungen für unberechtigt. Den großen, über Jahrhunderte angehäuften Reichtum der Hohenzollern hat das Volk erwirtschaftet. Der ehemalige Immobilien- und Sachwertebesitzer der Hohenzollern war (abgesehen von persönlichen Gebrauchsgegenständen) eigentlich Staatseigentum, das aus Steuern finanziert wurde. Die aktuellen Forderungen der Hohenzollern müssen von den zuständigen staatlichen Stellen zurückgewiesen werden. Dazu soll der Landtag als politische Vertretung aller Brandenburgerinnen und Brandenburger die Landesregierung in einer Entschließung auffordern. Wir unterstützen deswegen die Volksinitiative

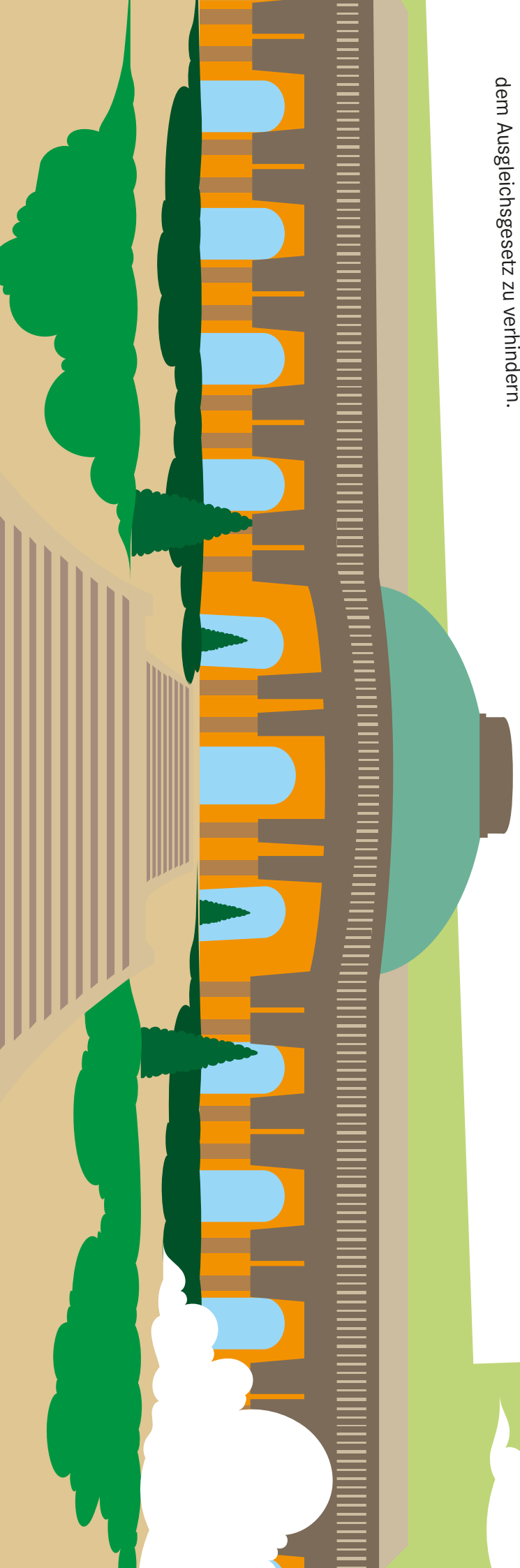
[illegible]

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. Die Forderungen aus dem Hause Hohenzollern auf Herausgabe von Kunstgegenständen in den laufenden Gesprächen zwischen dem Hause Hohenzollern und dem Bund sowie den Ländern Berlin und Brandenburg als Träger der betroffenen Einrichtungen (Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Deutsches Historisches Museum) zurückgewiesen werden.
2. Familienmitgliedern des Hauses Hohenzollern keine Grundstücke und Gebäude der Stiftung Preußisches Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg zu Wohnzwecken zur Verfügung gestellt werden.
3. Das Haus Hohenzollern auch zukünftig keinen kuratorischen oder inhaltlichen Einfluss auf die Präsentation von Sammlungen und Ausstellungen in öffentlichen Museen hat.

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Zahlung von Entschädigungsleistungen nach dem Ausgleichsgesetz zu verhindern.



Volksinitiative für die Ausrufung des Klimanotstandes in Brandenburg!

Unterschriftenbogen

<p>Der Landtag stellt fest: Trockenheit, Dürre, Hitze, Wassermangel, Missernten, Waldbrände, Starkregen, Überschwemmungen - all das sind Ereignisse, die auch im Land Brandenburg in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten sind. Mittlerweile ist nicht nur für die Wissenschaft klar: Die Klimakrise wirkt sich bereits in Brandenburg aus. Jetzt muss schnell gehandelt werden. Im Klimaabkommen von Paris hat sich die Weltgemeinschaft 2015 darauf verständigt, dass der „Anstieg der durchschnittlichen Erdoberfläche deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“. Die Erhitzung der Erde hat nach aktuellem Stand der Klimawissenschaft seit Beginn der Messungen 1880 im letzten Jahr zum ersten Mal über 1°C überschritten. Das macht deutlich, dass die 1,5-Grad-Marke schon sehr nahe liegt. Da die Folgen für Mensch und seine Lebensgrundlagen bei einem Überschreiten dieser Grenze bedrohlich sind, ist es notwendig, kurzfristige Gegenmaßnahmen zu ergreifen und den Klimaschutz im Gesetzgebungswesen prioritär zu verankern, indem die Auswirkungen von Landesgesetzen auf das Klima geprüft und in Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen gebracht werden.</p>	<p>Der Landtag möge beschließen: Der Landtag wird bei allen zukünftigen Entscheidungen deren mögliche Auswirkungen auf das Klima priorität berücksichtigen, um die Klimakrise und deren Folgen zu begrenzen oder abzuschwächen. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, ein Prüfschema zu erarbeiten, welches auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien eine Bewertung der Gesetzgebungsinitiativen hinsichtlich der daraus resultierenden Treibhausgasemissionen unter Beachtung der internationalen Klimaverpflichtungen des Pariser Klimaabkommens sowie der europäischen, bundesdeutschen und landespolitischen klimapolitischen Zielsetzungen ermöglicht. Zusätzliche Emissionen sind mit Einsparungen an anderer Stelle zu verbinden und müssen mit den Einsparvorgaben des Pariser Klimaabkommens vereinbar sein. Die Landesregierung wird beauftragt, im Bundesrat die zügige Beratung eines Klimaschutzgesetzes einzufordern, dessen Maßnahmen der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommens dienen. Das Gesetz muss sicherstellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland schnellstmöglich, jedoch spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.</p>	<p>Des Weiteren muss das Prüfschema auch Kriterien zur Beurteilung der Nachhaltigkeit von Gesetzentwürfen enthalten. Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen: „Dem Landtag jährlich einen Bericht zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen nach Sektoren im Land Brandenburg vorzulegen, nach Beschluss eines Klimaschutzgesetzes im Bund einerseits die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg zu überarbeiten und andererseits Klimaschutz-Pläne Brandenburg für 2030 und 2050 mit den nötigen Schritten zur Klimaneutralität bis zu diesem Zeitpunkt zu erarbeiten und deren Fortschritte in jährlichen Zwischenberichten öffentlich zu informieren.“</p> <p>Die Klimaschutzpläne sollen Investitionen und Projekte für nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz in den folgenden Politikfelder abdecken:</p> <ul style="list-style-type: none">- Gesundheit und Soziales, - Energie und Wirtschaft, - Bildung, Wissenschaft und Forschung, - Infrastruktur, Verkehr, Mobilität, Digitalisierung und Regionalpolitik, - Stadtentwicklung und Bauen - Innen- und Kommunalpolitik sowie Ehrenamt, - Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz, - Finanzen.	<p>Zusätzlich zu den Maßnahmen müssen die Klimaschutz-Pläne auch geeignete Förderinstrumentarien abbilden.</p> <p>Darüber hinaus wird die Landesregierung verpflichtet, einen Zukunftsbeirat Brandenburg zu berufen, welcher sich zu jeweils einem Drittel (1) aus Jugendvertreter_innen, (2) aus Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft sowie (3) aus Politik und Verwaltung zusammensetzt.</p> <p>Der Zukunftsbeirat Brandenburg soll sowohl der Landesregierung als auch dem Landtag beratend in den Themenfeldern Klimaschutz und Nachhaltigkeit zur Seite stehen. Dabei ist darauf zu achten, dass alle gesellschaftlichen Kräfte im Beirat angemessen vertreten sind.</p>
---	--	--	---

<p>Wer kann unterschreiben? Unterschriftsberechtigt sind alle Einwohner Brandenburgs ab 16 Jahren.</p>	<p>Bitte deutlich und in Druckschrift schreiben!</p> <p>Unleserliche, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, machen die Unterstützung ungültig!</p>	<p>Was passiert mit meinen Daten? Die Initiatorinnen sammeln Ihre in der Unterschriftenliste angegebenen Daten gem. Art. 6 (1) b) DSGVO ausschließlich zur Weiterleitung an das Land Brandenburg. Dieses verwendet die Daten ausschließlich zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung.</p>
--	--	--

Nr.	Name, Vorname	Geburtstag	Straße, Hausnr.	PLZ, Wohnort	Datum der Unterschrift	Unterschrift
1						
2						
3						
4						
5						

Bitte senden Sie die unterschriebene Liste(n) im Original an: Naturkost Oranjeboom, Lehnitzstrasse 21a, 16515 Oranienburg

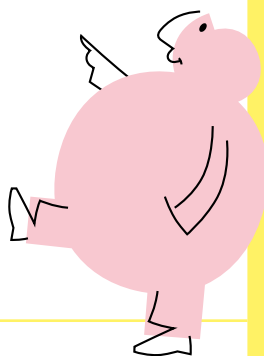
<p>Vertreter_innen: Dr. Henning Schluß (Oranienburg), Grit Glowacki (Oranienburg), Enrico Triebel (Potsdam), Susanne Mosch (Hohen Neuendorf), Tristan Hoffman (Hohen Neuendorf)</p>	<p>Stellvertreter_innen: Antonia Schluß (Oranienburg), Uta Gerber (Oranienburg), Ortwin Baier (Blankenfelde-Mahlow), Eva-Maria Göbel (Oranienburg), Manon Filler (Oranienburg)</p>
---	--

Tipps zum Unterschriftensammeln

Wir wollen, dass es in Brandenburg einen Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen gibt. Ist das Grundeinkommen eine gute Idee? Verbessert es das Zusammenleben? Wie wirken verschiedene Varianten eines Grundeinkommens? Das wollen wir gemeinsam herausfinden!

So kommen wir schnell ans Ziel

- Lege Unterschriftenlisten an gut besuchten Orten aus, z. B. Geschäfte, Kitas, Bücherei, am schwarzen Brett deiner Uni, deines Sportvereins und markiere den Ort auf unserer Sammellandkarte.
- Frage dein persönliches Umfeld, ob es unterschreiben und auch selbst Unterschriften sammeln will.
- Nimm die Listen mit zu Veranstaltungen z. B. der nächsten Geburtstagsfeier.
- Sende die Liste per E-Mail/WhatsApp etc. an Familie, Freunde und Bekannte.
- Verbinde dich mit uns über Facebook, Twitter und Instagram. Teile die Liste in den sozialen Medien und lade deine Freund*innen ein, unseren Seiten zu folgen.



Unterschriften sind dann gültig:

- Wenn die unterschreibende Person ihren **Hauptwohnsitz** in Brandenburg hat (hier gemeldet ist),
- **16 Jahre oder älter** und bei den Landtagswahlen in Brandenburg wahlberechtigt ist.
- Alle **Felder gut lesbar** und **von Hand** ausgefüllt sind. Du kannst das Ausfüllen auch übernehmen, nur unterschreiben muss sie selbst.

Wichtig: Gesetzestext mit ausdrucken!

Das Land Brandenburg schreibt vor, dass auf der Rückseite jeder Liste der Gesetzestext abgedruckt sein muss. Ohne umseitig gedruckten Text ist die Liste ungültig. Falls dein Drucker nicht doppelseitig drucken kann, musst du also erst die Seite 1 ausdrucken und das Blatt nochmals einlegen, um Seite 2 auf die Rückseite zu drucken. Dies ist wichtig, damit wir keine Stimmen verlieren. Aber keine Panik, falls das nicht klappt: Wir können dir auch Unterschriftenlisten per Post zuschicken. Schreibe dazu eine Mail an support@expedition-grundeinkommen.de und sag uns, wieviele Listen du brauchst.

Lass den Sammelbalken steigen.

Auf unserer Website zeigen wir immer den aktuellen Sammelstand. Dafür brauchen wir dich: Trage deine gesammelten Unterschriften in den Sammelbalken ein. Dazu scannst du den QR-Code auf deiner Unterschriftenliste und gibst an, wie viele neue Unterschriften du gesammelt hast. Bitte nutze das, damit wir alle unseren Fortschritt sehen!

Jetzt schon Phase Zwei mitdenken!

Motiviere möglichst viele Unterschreibende, sich auch für den Newsletter einzutragen. Warum? **Die 25.000 Unterschriften sind erst der Anfang.**

Jeder jetzt gesammelte Kontakt ist im Sommer eine Unterschrift mehr!

In der zweiten Stufe der Volksabstimmung (dem Volksbegehren) brauchen wir noch mehr Menschen, die unterschreiben.

Sobald wir 25.000 zusammen haben, reichen wir ein – möglichst vor dem 20.03.2020. Schicke Listen daher bitte immer zeitnah an: Expedition Grundeinkommen, Karl-Marx-Straße 50, 12043 Berlin

5 Tipps zum Sammeln auf der Straße

1. Sammle gemeinsam statt einsam!

So macht es mehr Spaß.

2. Gehe aktiv auf Menschen zu und suche Augenkontakt!

3. Sprich direkt dein Anliegen an und leg dir ein paar konkrete Sätze zurecht!

Gut funktionieren folgende 4 Fragen:

- **Sind Sie aus Brandenburg?**
- **Kennen Sie das bedingungslose Grundeinkommen?**
- **Finden Sie, dass es dazu Modellversuche geben sollte?**
- **Würden Sie dafür unterschreiben?**

So kommst du mit viermal „Ja“ auf kurzem Weg zur Unterschrift.

4. Sammle effizient!

- Geh an belebte Orte, an denen viele Menschen vorbeikommen. Gut funktionieren auch Orte, wo Menschen eh warten.
- Du brauchst nicht alles zu wissen oder auf jedes Kontra-Argument reagieren. Verweise im Zweifel an uns und unsere Homepage.
- Gehe auf die Menschen ein, aber lasse dich nicht auf lange Diskussionen ein.
- Sprich Gruppen an: Unterschreibt erst eine Person, wollen die anderen häufig auch.
- Fasse dich kurz, etwa indem du die 4 Fragen aus Tipp 3 nutzt.
- Personen, die unterschrieben haben, kannst du fragen, ob sie weitere Unterschriftenlisten für Familie, Bekannte und Freunde mitnehmen möchten.

5. Was, wenn jemand skeptisch ist, ob Grundeinkommen funktionieren kann?

Ob Grundeinkommen funktioniert, wissen wir erst, wenn wir es ausprobieren! Daher laden wir besonders auch Skeptiker*innen ein, für den Modellversuch zu unterschreiben.

Und wenn jemand trotzdem nein sagt: Bedanke dich und sei verständnisvoll – vielleicht unterschreiben sie beim nächsten Mal!